

sind, sich dem Schiedsgericht des Metallarbeiters und Sozialdemokraten Severing unterwerfen zu dürfen. Es wäre ein Göttergeschick für die Schwerindustriellen gewesen, wenn die Metallarbeiter Severing abgelehnt hätten und die Ruhrindustriellen der Öffentlichkeit gegenüber sich als die Friedensbereiten hätten hinstellen können.

„Sollen die Ruhrarbeiter denn immer die Kosten zahlen?“, rief gestern einer der Delegierten unter allgemeiner Zustimmung aus. Es herrschte das Gefühl: Wieder haben die Ruhrarbeiter einen Kampf ausgefochten für das verfehlte Recht, und dieses Recht ist auch diesmal nicht wiederhergestellt, sondern umgehoben worden. War aber deshalb der Kampf vergebens? Ebenjowenig wie der Widerstand während der Ruhrbesetzung. Einer der Delegierten, der selbst gegen die Annahme des Regierungsvorschlages war, sagte zu mir auf dem Heimweg: „Eine solche Ausperrung erlebe ich nicht wieder, und wenn ich 100 Jahre alt werde.“ In das Gefühl der Bitterkeit mischte sich die Ueberzeugung, daß die Ruhrindustriellen eine Schlacht verloren haben. Diese Ueberzeugung herrscht zweifellos bei den Ruhrindustriellen selbst. Daher die bedingungslose Zustimmung, sich einem Schiedsgericht Severings zu unterwerfen. Daher die eilige Wiedereröffnung der Betriebe und die kleinlauten Haltung der Unternehmerpresse. Die Schwerindustriellen haben jetzt das Bedürfnis, sich einzuweisen in Bergeshöhe zu bringen. Auch sie müssen wissen, daß die geschichtliche Lehre aus der Ausperrung nicht anders lauten kann als Schluß mit der Diktatur der Schwerindustriellen!

In einer parteigenösslichen Korrespondenz veröffentlicht Genosse Kufhäuser einen Aufsatz, in dem ausgeführt wird:

„Dürfte der Deutsche Metallarbeiterverband nach der von seinen Mitgliedern bisher gewählten ausgezeichneten Haltung und einer überaus günstigen Kampfstellung durch das Reichskabinett in diese furchtbare Situation gebracht werden? Es ist selbstverständlich, daß die Reichsregierung bei der nach dem Duisburger Berufungsurteil noch anhaltenden Ausperrung nicht passiv bleiben konnte. Man hätte aber erwarten dürfen, daß die Staatsgewalt von ihren Mitteln Gebrauch macht, um die Rebellen im Ruhrgebiet endlich zur Wiederaufnahme der Produktion zu veranlassen. Glaubte indes das Reichskabinett nach einem letzten Versöhnungsversuch unternehmen zu müssen, dann hätte der Vorschlag auf Einsetzung eines Oberschiedsrichters doch nur unter der eindeutigen Voraussetzung erfolgen dürfen, daß die Vermittlungsformel den materiellen Inhalt des als verbindlich erklärten Schiedspruches in keiner Weise berührt. Denn nur um die Sabotage dieses Aktes der Staatshoheit, der Verbindlichkeit, hatten die Unternehmer diesen Kampf geführt. In Wirklichkeit wird jetzt der als verbindlich erklärte Schiedspruch durch die Vermittlungsaktion des Reichskabinetts rechtswirksam und nichtig. Die kommende Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts hat für den vorliegenden Fall nur noch praktische Bedeutung, soweit es sich um die Tragung der Projektkosten handelt. Die Wichtigkeitserklärung eines Staatsaktes (des verbindlich erklärten Schiedspruches), die das Landesarbeitsgericht in Duisburg mit größter Sorgfalt und größtem Nachdruck gerade verhindern wollte, ist jetzt durch die Staatsgewalt selbst verwirklicht worden.

Die Unternehmer trauten dem Vorschlag der Reichsregierung zu, sie haben aber auch insofern nicht bedingungslos zugestimmt, als die „Berücksichtigung der Wirtschaftslage“ nach den amtlichen Veröffentlichungen zugesagt worden ist. Damit ist leider das gegen die Lohnhöhe im Schiedspruch stets vorgebrachte Argument der Unternehmer zu einem Bestandteil der Vermittlungsformel geworden. Die bedingungslose Zustimmung der Arbeiter dagegen ist für diese also auch materiell um so ungünstiger, ganz abgesehen von der prinzipiellen Preisgabe der Verbindlichkeitserklärung.

Die Unternehmer sind im Anschluß an eine wochenlange gewissenlose Ausperrung nun durch ihre Bereitschaftserklärung nicht nur vom Schiedsgericht, sondern auch von dem Vorwurf befreit worden, als kämpften sie gegen den Volksstaat. Die Schuldfrage, die bisherigen Ergebnisse des Kampfes und die Wirkungen der Rechtsprechung, die alle zugunsten der Eisenindustrie sprachen, sind verwischt.

Die Entschlossenheit, mit der sich Carl Severing zur Verfügung gestellt und den Kopf in die Säge gesteckt hat, soll nicht verkannnt werden. Verhängnisvoll aber bleibt die Tatsache, daß wenige Monate nach dem 10. August, an dem die eigenmächtige Entscheidung des Kabinetts in der Panzerfrage so viele politische Gefahren herbeigeführt hatte, nun im Eisenkonflikt wiederum der wichtigste Akt ohne vorherige Führung mit Fraktion und Gewerkschaft erfolgt ist. Eine Verantwortungsfrage eines sozialdemokratischen Reichsleiters, die in entscheidenden Augenblicken einer Parteilosung von der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gleichkommt, ist bedenklich.

Ob sich die nam Reichsarbeitsminister in Uebereinstimmung mit der sozialdemokratischen Fraktion zum Schlichtungswesen bisher eingenommene Stellung, daß jetzt eine Änderung des Gesetzes unterbleiben soll, noch aufrechterhalten läßt, ist nun mehr als zweifelhaft. Die Diskussion über eine etwaige Änderung der Schlichtungsordnung aber ist wesentlich schwieriger geworden, weil die Praxis im Eisenkonflikt den endgültigen Charakter eines verbindlich erklärten Schiedspruches verneint. Die innerhalb der Arbeiterschaft bestehenden Widerstände gegen das staatliche Schlichtungswesen haben Nahrung bekommen. Wie immer auch die Nachwirkungen sein mögen, so wäre es für Arbeiter und Angestellte in Zukunft untragbar, daß ihnen durch staatliche hoheitvolle Bindungen auferlegt werden, von denen sich die Unternehmer durch Wirtschaftsspißbüch zu befreien suchen, ohne auch nur zur Ordnung gerufen zu werden. — So stehen wir am Ende des Ruhrkonfliktes und am Anfang einer nicht unbedenklichen Rechtsunsicherheit, verursacht durch ein verfehltes Eingreifen der Staatsgewalt.“

Die Wirtschaftspartei hat nach dem Vorbilde der Deutschnationalen im Reichstage eine Interpellation gegen die Durchführung der Unterwerfungssanktion an der Ruhr eingebracht, in der sie von ungesegnetem Vorgehen spricht. Der durch die Ausperrung schwer betroffene Mittelstand im Kampfgebiet wird der Wirtschaftspartei für diese Solidarität mit den Schwarzschneidern sicher Dank wissen!

Nachwahl für Bokasowitsch. Bei dem zweiten Wahlgang zur Nachbesetzung des durch den Tod des Handelsministers Bokasowitsch freigewordenen Abgeordnetensitzes wurde in Antwerpen bei Paris der Kandidat der republikanischen Konzentration, Blaque-Belote, mit 8837 Stimmen gewählt. Der kommunistische Kandidat erhielt 5510 Stimmen, der radikal 358.

Hoersch wieder bei Briand.

Pariser Optimismus trotz Meinungsverschiedenheiten mit England.

Paris, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Der deutsche Botschafter v. Hoersch hat am Montag mit Außenminister Briand eine längere Unterredung, um wie mitgeteilt wird, auch mit ihm die am Sonnabend mit Komaré erörterten Fragen bezüglich des Sachverständigenkomitees zu besprechen. Briand empfing dann noch den belgischen Botschafter.

In den hiesigen diplomatischen Kreisen zeigt man sich bezüglich des Ausgangs der laufenden Verhandlungen noch wie vor optimistisch. Der „Antragskomitee“ glaubt sogar schon mitteilen zu können, daß die Antwort auf die deutsche Demarche in Berlin etwa in zwei bis drei Tagen überreicht werden könne. Man verheißt sich dabei freilich nicht die immer noch zwischen Paris und London bestehenden Differenzen, die übrigens am Montag in einer Sonder-„Horn“-Rede ausdrücklich unterstrichen wurden. Frankreich wünsche nach wie vor lediglich eine Festlegung der deutschen Gesamtschuld und der Zahlungsmodalitäten, während man in London mehr zu einer vorherigen neuen Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit neige. Auch erhebe das englische Auswärtige Amt Einwand gegen die Ernennung der Sachverständigen durch die Reparationskommission. Es bestehe jedoch die Hoffnung, daß trotz allem eine Einigung erzielt werde.

Der deutsche Standpunkt: Keine Festlegung der Sachverständigen.

Zu der neuen Unterredung Briand-Hoersch erzählt die Telegraphen-Union von unrichtiger Seite, daß es sich bei den Unterredungen im wesentlichen um die gleichen immer noch strittigen Punkte handele: 1. Das Mandat der Sachverständigen.

gen. d. h. ihr Aufgabenzirkel und 2. der Zeitpunkt der Einschaltung der Reparationskommission in die Verhandlungen. Das Punkt 1. anbelangt, so ist die deutsche Regierung der Auffassung, daß das Mandat der Sachverständigen durch den Beschluß der sechs Mächte vom 14. September in Genf ausreichend festgelegt sei, mit anderen Worten, daß den Sachverständigen völlige Freiheit der Beratungen gewährt werden soll, und daß die sechs Regierungen die Sachverständigen selbst zu ernennen haben. Was den zweiten Streitpunkt, den der Einschaltung der Reparationskommission anbelangt, so ist man auf deutscher Seite der Anschauung, daß selbstverständlich die Reparationskommission eingeschaltet werden muß. Doch handelt es sich, wie oben erwähnt, nur um den Zeitpunkt der Einschaltung, d. h. um eine formalrechtliche Frage.

England gegen Streit um Formalitäten.

London, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Frage, ob die Ernennung der Sachverständigen für den zu bildenden Reparationsausschuß durch die Reparationskommission oder durch die alliierten Regierungen selbst erfolgen soll, wird in amtlichen englischen Kreisen als mehr oder minder „praktisch bedeutungslos“ bezeichnet. Man verweist darauf, daß in jedem Lande einige wenige mit der Materie wohl vertraute Persönlichkeiten vorhanden wären, so daß die Auswahl automatisch auf die gleichen Personen fallen würde, unabhängig davon, von wem die Sachverständigen ausgewählt würden. Ferner wird darauf verwiesen, daß die Reparationskommission sich der Zustimmung der betreffenden Regierungen verschern wird, ehe sie die endgültige Entscheidung über die Personen vornimmt.

Spaltungsende in Bulgarien.

Schwierigkeiten überwunden. — Zusammenschluß Mitte Dezember.

Sofia, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Der sozialistische „Kard“ meldet, daß Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Sozialistischen Föderation und der Gruppe „Nou Bög“ (Neuer Weg — ehemalige Kommunisten um Safarow) in den letzten Tagen verschiedene Besprechungen über die Sammlung und den Zusammenschluß der sozialistischen Arbeiterkräfte geführt haben.

Wie wir hierzu von zuständiger Seite erfahren, stehen der Vereinigung ernstliche Schwierigkeiten nicht mehr im Wege. Der Zusammenschluß dürfte bis Mitte Dezember vollzogen sein.

Der Regierungsterror auf dem Lande.

Sofia, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Vorsitzende der sozialistischen Sobranisfraktion Patschaw mündet sich im „Kard“ unter der Ueberschrift „Gibt es überhaupt noch eine Verfassung und ein Gesetz im Lande?“ in heftigen Ausführungen gegen den

zunehmenden Terror der Regierung.

Während es in Sofia noch einigermaßen manierlich zugeht — schreibt Patschaw —, richtet die Bevölkerung täglich Beschwerden an die Abgeordneten der Opposition, in der Kammer gegen die unerträglich

gemordenen Gewalttätigkeiten der Regierungsschiffe so zu protestieren. „Daß die Hände der Sobranie zittern“. Vor allem in den Dörfern werden die zu den Linksparteien zählenden Bauern durch Strafmandate bis zum Weißbluten schikaniert. In der Drischow Gorno Besene stellt Patschaw fest, daß innerhalb eines Jahres gegen eine Million Lewa Strafen verhängt worden sind. Eine Wahlversammlung, die er im gleichen Dorfe einberufen hatte, konnte nicht stattfinden, da die oppositionellen Bauern abends die Häuser — schon seit dem gescheiterten Wahle im Mai 1927 nicht verlassen dürfen. Ein junger Sozialdemokrat, der ihn begleitete, wurde nach seiner Abreise blutig mißhandelt, wobei ihm die Handtaschen zertrümmert wurden. Die Wahlaktionen der Oppositionsparteien sind überhaupt mit den größten Schwierigkeiten und Gefahren verbunden. Unverantwortliche Gesellen unter der Führung von Regierungsagenten und administrativen Beamten schlichteten die Bauern, sobald sich ein oppositioneller Agitator zeigte, durch

milde Schlägerien

ein.

„Was sollen wir für diese Leute tun, die für uns leiden.“ — schließt Patschaw mündlich. „Wir sind nicht einmal in der Lage, ihnen zu helfen. Bringen wir die vielen Fülle vor die Öffentlichkeit, so sehen wir sie erst recht den Schandiaten dieser Welt gewordenen worden aus.“

Reichsbahn und Achtstundentag.

Die Deutschnationalen nehmen den Ball auf.

Die Reichsbahn hat kürzlich mit einer neuen Tarif-erhöhung gedroht für den Fall, daß die wöchentlich 48stündige Arbeitszeit eingeführt werde. Die deutschnationale Reichstagsfraktion unterläßt diese Aktion gegen den Achtstundentag durch folgende Interpellation:

1. Was ist der Reichsregierung von den in dem Bericht des Verwaltungsrats erwähnten Absichten auf Verringerung der Arbeitszeit bekannt?
2. Billigt die Reichsregierung diese Absichten?
3. Welche Stellung nimmt die Reichsregierung zu den von der Reichsbahn für ihren Betrieb errechneten finanziellen Mehrbelastungen und den dadurch notwendig werdenden weiteren Tarifserhöhungen ein?
4. Ist es richtig, daß die Reichspost, wie aus Zeitungsnotizen hervorgeht, eine gewisse Verringerung der Arbeitszeit bereits eingeführt hat, wodurch eine Vermehrung der Postbediensteten um mehrere Tausend und eine Jahresbelastung um viele Millionen Reichsmark eingetreten sein soll?

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft und die deutschnationale Reichstagsfraktion betreiben gemeinsam ein reaktionäres Spiel, wobei einer dem anderen den Ball zuwirft.

Glaß gegen Hindenburg.

Eine neue Attacke.

Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Herr Glaß, ist ein politischer Romanane. Er ist zunächst dem Traum vom legalen Putsch mit Hilfe des Reichspräsidenten und des Artikels 48 nachgegangen. Dieser Traum ist ausgeblüht, und nun sucht Herr Glaß nach dem Schuldigen. Er hat ihn gefunden, er kammeriert sich mit der Fähigkeit des Romananens an ihm fest und schreibt ihm unaufrichtig nach: „Du bist schuldig!“

Der Schuldige ist für Herrn Glaß der Reichspräsident v. Hindenburg, weil er nicht so wollte, wie Herr Glaß. Also hat im September Herr Glaß auf einer Tagung des Alldeutschen Verbandes Hindenburg Fehde angelegt: Der Kampf gegen den Staat müsse sich auch gegen das Reichsoberhaupt richten, das seine Aufgabe nicht erfüllt habe. Seit dem Tage, an dem Hindenburg sein Amt übernommen habe, habe sich in Deutschland alles zum Bösen gewandt, und man müsse die Frage offen lassen, ob das Vergehen Hindenburgs auf Mangel an staatsmännischer Einsicht oder Mangel an politischem Willen oder auf beides zurückzuführen sei. Diese

Veräberungen sind damals nicht beachtet worden, weil sie sowohl die subversiven Tendenzen des Alldeutschen Verbandes als auch die unerschütterlich verfassungsmäßige Stellung des Reichspräsidenten zeigten.

Glaß hält es für nötig, diese Veräberung von Zeit zu Zeit zu wiederholen. Er hat auf einer Tagung der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes am 2. Dezember heftig erklärt, die vornehmste Pflicht der nationalen Politik sei es, Hindenburg die Wahrheit zu sagen, der Alldeutsche Verband habe die Genehmigung, daß beste und bewährteste deutsche Männer, die dem Reichspräsidenten nach Herkunft, Ueberlieferung und Weltanschauung tausendmal näher ständen als jene heutigen angeblichen Berater, jene Plauerer Bestimmung für unbedingt notwendig und verbindlich erklärt hätten. Da zwischen Herrn Glaß und Herrn Hugenberg, dem neuen Führer der Deutschnationalen, ein sehr enger Zusammenhang besteht, so kennzeichnet diese Befristung der Glaßschen Angriffe auf Hindenburg zugleich die Stellung Hugenberg und seiner Anhänger gegenüber dem Reichspräsidenten.

Escherich ist wieder da!

Gründung eines „Bundes bayerischer Heimatschutz“.

München, 3. Dezember

Auf dem diesjährigen hier abgehaltenen Heimattag des Bundesverbandes Hengau erklärte dessen Führer, Amtsrichter Dr. Escherich es für notwendig, im Interesse der bayerischen Heimat der bayerischen Staatsregierung in ihrem Kampfe um die Erhaltung der Souveränität Bayerns alle Kräfte zur Verfügung zu stellen, damit nicht mit papierernen Protesten, sondern mit dem Einsatz der Person für diese Schicksalsfrage des bayerischen Volkes kämpft werden könne. Fürst Escherich forderte zur Gründung eines „Bundes bayerischer Heimatschutz“ auf. Bayernern sollten sich wie seinerzeit in den Einmühenwahren wieder zusammenschließen, um unbeschadet ihrer sonstigen parteipolitischen Einstellung unbedingt und geschlossen fest zur Regierung zu stehen. Der Führer des Chiemgauer, Major Breitung, erklärte hierauf namens des Deutschen Frontkämpferbundes und Bezirksführer Rauch namens der vereinigten oberbayerischen Verbände ihren Anschluß an den neuen Bund. Einstimmig wurde Fürst Escherich als Führer bestimmt. Auch der Führer des Schwabensbanners gab die Erklärung ab, daß sich dieses Fortsatz Escherich unterstelle.

München, 3. Dezember.

Wie die Blätter melden, wird am Sonntag, dem 9. Dezember, in München eine große Massenkundgebung unter freiem Himmel veranstaltet, in der gegen die Bestrebungen für Schaffung eines Einheitsstaates protestiert werden soll.

Die Krise der Landwirtschaft.

Der Reichstag berät die Interpellationen.

Der Reichstag behandelte gestern die Interpellation des Zentrums und der Rechten über die Not der Landwirtschaft. Gegen 100 Anträge verschiedener Parteien fordern Abhilfe.

Die Anträge des Zentrums.

Abg. Dr. Hermann (Z.) begründete die Zentrumsinterpellation: Das Notprogramm des Ministers Schiele war ein guter Anfang. Der Anteil der Berufsbetriebe beträgt nach Zehnterhebungen in den letzten beiden Wirtschaftsjahren 42 Proz. in Bayern sogar 53 Proz. Die Schuldenlast hat die Vorkriegshöhe fast wieder erreicht. Die jährliche Ausbezahlung übersteigt bereits 1 Milliarde Mark. Die Lebenshaltung der Bauern wird immer schlechter. In Ostpreußen steht das Bauerntum vor dem Zusammenbruch; eine Erregung ist begründet. Die Lebensmittelzufuhr hat sich gegen die Vorkriegszeit beim Vieh vermindert, bei Weizen vergrößert. Auch die enormen Zinsen für Viehkapital — 10 Proz. — ruinieren die Landwirtschaft. Viel mehr als das Reich müssen Länder und Gemeinden Steuern vom Bauern. Zur Förderung des Ablasses von Vorprodukten müßten die landwirtschaftlichen Genossenschaften stärker gefördert werden. Für eine Reihe ihrer Erzeugnisse bedarf die deutsche Landwirtschaft eines kräftigen Schutzes gegen ausländische Konkurrenz. (Beifall Zustimmung rechts.) Wir fordern Erhöhung des Zuckersolls, Herabsetzung der Gradzahl für Labonach, Ausbau des Einjährigheimens und Kreditreform zur Herabsetzung der Zinsen, Abbau der Rentenbantzen. Die Weiterführung des Siedlungswerks muß sich aufbauen auf der gesunden Grundlage einer Rentabilitätsmöglichkeit. Die Dauerbelastung drückt mittelbar ebenso stark auf die Landwirtschaft wie auf die Industrie. Deshalb fordern auch die Landwirtschaft eine Betretung unter den deutschen Reparationsunterhandlern. (Beifall rechts.)

Abg. Bachmann (DnL) begründet die deutsch-nationale Interpellation, in der Maßnahmen verlangt werden, welche für die künftige Regelung der Zoll- und Handelspolitik die Geltendmachung der nationalen Arbeit und Wirtschaft gewährleisten, eine Vereinfachung und Beschleunigung der Verwaltung und des Instanzenweges unter gerechter Verteilung der öffentlichen Lasten herbeiführen. Weiter wird eine Vereinfachung und Beschleunigung der Sozialversicherung und der Erwerbslosenversicherung verlangt und die Forderung aufgestellt, daß die im Dames-Plan vorgesehene Überprüfung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beschleunigt herbeigeführt werden möge. Der Redner verlangt Heraushebung des Roggen- und Weizenzolls. Bei den bevorstehenden Reparationsverhandlungen müßten auch aus den Kreisen der deutschen Landwirtschaft Sachverständige herangezogen werden.

Reichsernährungsminister Dr. Dietrich:

Ebenso wie mein Vorgänger Schiele werde auch ich nur schrittweise vorgehen können. Neue Ablassmöglichkeiten haben die Preise auf dem Schweinemarkt wesentlich gebessert. Zur Organisierung der Viehwirtschaft und zur Rationalisierung der Schweinefleischproduktion wird voll ausgeschöpft, ebenso auf anderen Gebieten der Landwirtschaftsindustrie. Das Notprogramm ist allerdings noch nicht erfüllt. Dringend notwendig ist es, die Grundbesitzer überall in Ordnung zu bringen. Eine Stilllegung der landwirtschaftlichen Finanzpolitik würde den ganzen landwirtschaftlichen Kredit auf das schwerste erschüttern. Etwa 30 Proz. unleres Bodens brauchen Reaktionen und einen Gesamtumfang von 4 Milliarden über 200 Millionen jährlich, die aber nicht zu erlangen sind. Amerikatische Reinstationsarbeiten würden nur mit 90 Proz. ausgeführt werden. Bei diesem Stand des Schornurtes hat es keinen Zweck, zu essen, da man nur Zwischenschritt helfen; einer ist schon bewilligt, und den zweiten hoffen wir auch zu erhalten, da es sich doch nicht um eine Parteiangelegenheit handelt. Reich und Länder arbeiten heute auf diesem Gebiet vielfach gegeneinander und die Folge ist ein grauenhafter Instanzenweg, der durch Zusammenarbeiten von Reich und Ländern behebbar werden könnte. Der Weizen steht heute fast auf dem Vorkriegspreis; im übrigen hat die Landwirtschaft einen Anstieg von 133, während die Textilpreise aber, die für den Bauern wichtig sind, um 160 stehen. Nicht nur die Schulden, sondern auch der Zinsfuß ist in die Höhe gegangen. Es fehlt aber in Deutschland schlechter aus, als wir glauben. (Zurufe rechts.) Durch eine Zwangsrentenreform würde das Geld noch teurer werden. Der einzige Lichtpunkt ist, daß landwirtschaftliche Forderungen in Deutschland noch ganz am unteren Ende sind. In den vorliegenden Anträgen, woran eine große Anzahl undurchführbar sind, betone ich, daß trotz der erhöhten Weizen- und Roggenzölle die Einfuhr davon abgebaut.

Die Regierung lehnt eine weitere Schutzollerhöhung ab, da sie sich davon keinerlei günstige Wirkung versprechen kann.

Eine stärker nusselnde Wirkung auf die Getreidepreise ist der Getreidehandels-K. G. nicht möglich, wenn sie nicht ihr Kapital riskieren will. Da müßten Sie der Getreidehandels-K. G. 20 Millionen geben, damit sie ein paar Monate lang nach der Ernte die Getreidepreise hoch hält, bis sie wieder zu steigen beginnen. Der allem sind da erst gründliche Beratungen zur Erörterung der Preisentwicklung nötig. Die Frage der Ausdehnung der Einfuhrzölle läßt sich nicht heute schon beantworten, das erfordert gründliche Beratungen.

Zwischen den Zöllen für geschlachtetes und für lebendes Vieh haben wir kein richtiges Verhältnis. Die Einfuhr dänischer Rinde, die ein Abfallprodukt der hochwertigen dänischen Fettwirtschaft sind, ist ein Haupthindernis der Entwicklung unserer Viehpreise.

Der sinkende Zuckersoll bedroht unsere Zuckerverbrennung. Dieses unerhörte Dumping des deutschen Zuckermarktes muß mit allen Mitteln abgemindert werden. Wir haben dem Reichstag eine Zollerhöhung von 10 Mark vorgeschlagen. Wir haben mit der Zuckerindustrie aber die Vereinbarung getroffen, daß sie den Zoll nur mit 15 Mark erhöht, d. h., daß der Zuckersoll für den Verbraucher der gleiche bleibt. Hält sich die Zuckerindustrie nicht daran, so kann der Finanzminister den Zoll um 10 Mark herabsetzen — es steht also harte Strafe darauf. Ich bin der Sozialdemokratie dankbar, daß sie diesen Weg mit uns gegangen ist, natürlich erst, nachdem sie diese Sicherung erhalten hatte. Auf diese Weise mehren wir die fischdominante und langfristige ausländische Unterlieferung an. (Beifall.)

Der Ablass hängt besonders davon ab, daß standardisierte Produkte geschaffen werden. Durch fünf Jahre werden wir die gesamte Produktion und Absatzförderung mit 20 Millionen jährlich erwirtschaften und betreiben. In dieser Frage gibt es keinen Parteienunterschied. Die Reorganisation des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens betriebe ich schon seit Monaten, aber bei den vielen Unzulänglichkeiten auf diesem Gebiet bin ich nicht sicher, daß ich bald Erfolg habe. Allerdings sind sehr viele durch Krieg und Inflation verloren gegangen. Unsere Landwirte müssen in dem Besitz der technischen Fortschritte kommen, um den Wettbewerb mit Dänemark und Holland auszuweichen. Die Genossenschaften brauchen Selbstverwaltung, es darf nicht nur nach dem Gehalt gefragt werden, wie das so vielfach geschieht. Mit dem Ruf nach der freien Wirtschaft erreicht man gar nichts. Die Behandlung der agrarischen Fragen als politische muß aufhören. In den Städten hat man die Lage der Landarbeiterschaft schon berichtigt. Eine größere Schädigung der Landwirtschaft würde das deutsche Volk sehr bald mit mehr als der ganzen Reparation belasten. (Beifall links Bravo.)

Eine Winterinterpellation.

Abg. Kemp (Z.) begründet eine weitere Zentrumsinterpellation, die sich mit der Notlage der Winter beschäftigt. Das Jahr 1928 sei zwar ein großes Weinbaugebiet ein sehr gutes Weinjahr

Ran an die Klassiker!

Im Alkoholhandel werden überaus wackerhaft gekochte von Goghs auf.



Der Produktionsleiter: Rembrandt, Ihr Selbstbildnis läßt Ähnlichkeit vermissen! — Rubens, mehr nacktes Fleisch, Sie stehen noch im Vorschuss, Mann! — Sie, Kengel, ich bitte mit mehr Preußengeist auf Ihren posthumeren Wertes aus! — Und Sie, Frau Holbein, nehmen Sie endlich mal einen männlich festen Pinselfrich an!

Risse im Zentrum.

Vorbemerkungen zum Kölner Parteitag.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ bemerkt zum Kölner Parteitag des Zentrums, der am Sonntagabend zusammentritt:

Der Kölner Parteitag soll den Verlust des Zentrums an Wählern und politischen Bedeutung wieder einholen. Das Ziel ist die innere Festigung der Partei. Dazu hat man zunächst den Volksverein für das katholische Deutschland mobil gemacht, jene große Organisation in München-Bladbach, die vor dem Krieg die beste Stütze der Zentrumspolitik war. Der Verein stand durch verfehlte Spekulationen seines Vorsitzenden Dr. Hohn vor der Welt. Er soll jetzt saniert werden; Hohn ist durch Dr. Brauns, den früheren Arbeitsminister, ersetzt worden. Dieser Volksverein soll unter seiner neuen Leitung auch der Hauptträger der katholischen Aktion werden und dem Zentrum wieder die alten Dienste wie ehedem leisten. Daneben aber will die Partei alle Anstrengungen machen, um die Stärke wieder zu erlangen. Dieser Versuch ist in der Tat gelungen. Der ehemals so widerspenstige Birch marschiert heute im Treib und Scheit mit und gilt — mehr eine Fügung — als Spezialkollege Stegerwalds. Dieser selbst strebt, wie man weiß, den Vorsitz in der Partei und Fraktion an, nachdem Marx endgültig verzichtet hat. Um dem Parteivorstand hat es inzwischen bereits heftige innere Kämpfe gegeben und nach dem Parteitag kann es deswegen leicht zum Konflikt kommen. Diese Suche nach einem Vorsitzenden ist wiederum ein Zeichen der Zentrumskrise. Es ist niemand da, der die auseinanderstrebende Horde zusammenhält. Stegerwald hat in der Partei beständige Gegner gehabt, die zum Teil in seiner Persönlichkeit, zum Teil in seiner Politik begründet ist. Für ihn treten nur seine engeren Gewerkschaftsfreunde und Birch ein.

Für der Vollständigkeit wegen, nicht um es uns zu eigen zu machen, sei hier verzeichnet, was man sich im Reichstag von Mund zu Mund erzählt. Die Gewerkschaften empfehlen deshalb Stegerwald als Parteivorsitzenden, weil sie ihn aus der führenden Stellung in der christlichen Gewerkschaftsbewegung los sein wollen. Sie haben schon längst Ansbach als seinen Nachfolger ausersuchen. Wie dem auch sei: Stegerwalds Kandidatur führt in weiten Zentrumskreisen auf Ablehnung. Man will lieber einen Mann von der verbindlichen Art des Kaplans Lichts. Aber wer schließlich Nachfolger von Marx wird, läßt sich noch keineswegs sicher sagen. Mit der Laterna wird der Mann gesucht, der einig auf die auseinanderstrebenden Elemente wirken kann. Er dürfte kaum gefunden werden, denn die materiellen Verhältnisse sind stärker als das Band,

das das Zentrum bisher zusammenhielt. Was man in Köln ruhig Risse verkleistern, der Spalt ist da und erweitert sich immer mehr zu einer Kluft, die mit schönen Worten nicht mehr zu überbrücken ist.

Im Zentrum vollzieht sich die Klassenscheidung mit großer Folgerichtigkeit — niemand, weder Stegerwald noch Birch, wird sie aufhalten.

Das Zentrum bei den Bayern.

Parteitag der Bayerischen Volkspartei.

München, 3. Dezember. (Eigenbericht.)

Das wichtigste Ergebnis des Parteitages der Bayerischen Volkspartei, der am Sonntagabend und Sonntag in Anwesenheit des Abgeordneten Joss vom Zentrum und des früheren Ministers Matzka vor den Christlichsozialen Oesterreichs abgehalten wurde, war die Annahme eines Antrages, der für die Beteiligung der Bayerischen Volkspartei an der Koalition bestimmte Richtlinien festlegt. Danach soll künftig die Beteiligung der Bayerischen Volkspartei an einer Koalition von folgenden Voraussetzungen abhängig gemacht werden: Anerkennung der Unverletzlichkeit der Länder, Anerkennung der Rechtsansprüche Bayerns gegen das Reich aus Gesetz und Staatsverträgen (Eisenbahn-, Post-, Biersteuer), keine Verschlechterung des Finanzausgleiches für die Länder, Beteiligung des Systems der Vorverrechnungen des Reichs. Ferner soll angestrebt werden, die übrigen Koalitionsparteien in den Fragen der Reichsreform auf eine gemeinsame Stellung zu einigen, die den Denkschriften der Bayerischen Regierung ungefähr entspricht.

Bemerkenswert ist, daß dieser Antrag von demselben Abgeordneten Schöffer ausgearbeitet und gestellt wurde, der im Bayerischen Landtag die bekannte Haßrede gegen Preußen und das Reich gehalten hatte. Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Prälat Leicht, hatte zuvor erklärt, daß man sich im Reich zuerst über die sachliche Seite eines Regierungsprogramms unterhalten sollte, bevor man die Regierung bilde, während Dr. Heim warnte, sich irgendwie auf ein Koalitionsdogma festzuliegen. Die Bayerische Volkspartei solle sich vielmehr ihre politische Freiheit nach allen Seiten erhalten. Diese Warnung zielte offenbar auf die geplante Bindung mit dem Zentrum, dem im übrigen aber neuerdings die Freundschaft gekündigt wurde für den Fall, daß es dem Steuereinheitlichkeitsgesetz zustimmen sollte.

Sozialdemokratie und Landwirtschaft.

Anträge zur Reichstagsdebatte.

In der Landwirtschaftskammer des Reichstages hat die Sozialdemokratische Fraktion eine Anzahl Anträge eingebracht, die Abg. Schmidt-Köpenick nach begründen wird. Die Anträge fordern: eine öffentliche Kontrolle über Erzeugung und Vertrieb aller für die Landwirtschaft erforderlichen Produktionsmittel mit dem Ziel, dadurch die Verbindung der wichtigsten Produktionsmittel zu erreichen; Erlegung der Getreidezölle durch ein Reichsmonopol für Ein- und Ausfuhr von Getreide- und Mühlenprodukten, bindende reichsgesetzliche Richtlinien dafür, die dem Erzeuger angemessenen Ertrag seiner Arbeit und Ertrag seiner Aufwendungen sichern, ohne daß dem Verbraucher unnötige Lasten auferlegt werden; Berechtigung der Monopolverwaltung, ausländisches Getreide zollfrei einzuführen, Verpflichtung zum Erwerb auch inländischen Getreides, soweit dies zur Sicherung der inländischen Erntebewegung und zur Stabilisierung der Inlandspreise erforderlich ist. Uebermäßig verschuldete landwirtschaftliche Großbetriebe sollen durch Reich oder Länder übernommen werden und soweit sie dazu geeignet sind, besiedelt werden mit der Sicherung, daß der neue Besitzer bei Abgabe des Besitzes nur die Berechnung eigener Aufwendungen beanspruchen kann, nicht aber einen Spekulationsgewinn, entl. Selbstverwaltung dieser Betriebe vom Reich oder den Ländern erworbenen Betriebe durch Bildung einer Domänen-Treuhandgesellschaft mit weitgehender Sicherung des Einflusses von Reich oder Ländern; Aufhebung aller Futtermittelzölle; Verhandlungen Reich-Länder zur Einführung staatlicher oder genossenschaftlicher Versicherungen aller landwirtschaftlichen Betriebe gegen Verluste bei Viehstößen, Unwettern und Frostschäden auf der Grundlage einer Gefahrengemeinschaft aller landwirtschaftlichen Betriebe; Erhöhung des zollfreien Getreidefleisch-Kontingents auf 120 000 Tonnen, Deduktion eines Teils der Schul- und Weglasten Ostpreußens durch Zuschüsse; Maßnahmen zur Hebung der sozialen Lage der Landarbeiter, deren Stellung in der Gesetzgebung die gleiche sein müsse, wie die der übrigen Arbeiter.

gewesen; aber bei den kleineren Wäzern in geringeren Lagen sei vielfach durch die Frühjahrsfröste die diesjährige Reife überhaupt ausgefallen. Vielen frostgeschädigten Wäzern müsse geholfen werden. Mit Steuererleichterungen werde ihnen nicht geholfen, weil diese kleinen Wäzern meist gar keine Einkommensteuer zahlen. Dem Reichstag sollte schleunigst der Abänderungsentwurf zum Weingesetz vorgelegt und der Verschleiß deutscher Weine mit ausländischen völlig verboten werden. In Wäzertellen sei jetzt ein Sturm der Entrüstung ausgebrochen, weil im Referentenentwurf des Reichsinnenministeriums angeblich dieses Verbot fehlen soll.

Abg. Homkens (D. Vp.) begründet die Interpellationen seiner Partei über den Export der deutschen Zuckerproduktion und über die Einfuhr von Viehprodukten und Produkten des Obst- und Gemüsehandels. Die Sozialdemokraten verlangen Erhöhung der zollfreien Getreidemenge von 50 000 auf 150 000 Tonnen. Es ist unerhörl, daß der Deutsche Städtetag sich diesem Verlangen anschließt. Bei den klimatischen Verhältnissen Deutschlands können wir den deutschen Fleischbedarf nicht durch inländische Produktion decken, aber wenn bei den schon so niedrigen Vieh- und Fleischpreisen der Zoll für das zollfreie Getreide noch erhöht werden soll, so werden wir das mit aller Kraft zu verhindern trachten. Wir haben ein einheitliches Viehsteuergesetz, aber 17 verschiedene Ausführungsregeln. So ist endlich eine in Rede stehende als verheerend zurückgeworfene Schiffsladung dänischen Viehs infolge einer Hantelstache zugelassen worden. Das ist ein unerhörter Skandal. Wir fordern allgemeines Vieheinfuhrverbot. (Beifall rechts.)

Abg. Hörens (Komm.): Die Rationalisierung auf dem Lande macht bis zu einem Drittel der Arbeiter beschäftigungslos. Durch die Beteiligung der GGG am Scheuer-Konzern sollen die Arbeiter ebenfalls beruht werden, wie die Kleinbauern durch das rechtsparlamentarische Getreide von einem reinen Privatunternehmen. Den ganz kleinen Bauern gibt man bei aller Siedlungslosigkeit kein Land.

Reichsernährungsminister Dietrich weist die Angriffe des Vorredners zurück. Alle Hilfsmittel der Regierung seien darauf berechnet, gerade den kleinen Bauern zu helfen. Bei der Zuckerproduktion müsse das Dumping anderer Staaten bekämpft werden, die mit schlecht bezahlten Arbeitern produzieren. Dieser Kampf liege auch im Interesse der deutschen Landarbeiter.

Um 7½ Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag, 1 Uhr.

